



Interview mit Stefan Görnert – Erster Beigeordneter und zuständig für Ordnung, Feuerwehr, Jugend, Soziales, Schule, Sport, Kultur und die Katt.

WNK UWG: Herr Görnert, Sie arbeiten nunmehr fast genau zwei Jahre in und für Wermelskirchen als Ordnungs-, Feuerwehr-, Schul-, Sport-, Kultur, Jugend- und Sozialdezernent.

Welche Perspektiven haben Sie als „Ordnungsdezernent“ Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit zu verbessern?

Welche Rolle spielt hierbei der Kommunale Ordnungsdienst und wann erhält er die erforderliche Sollstärke an Personal?



Foto: Stephan Singer

Stefan Görnert: Das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger in den Städten ändert sich. Die Erwartung auch an die Städte, sich engagiert für die allgemeine Gefahrenabwehr und für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung einzusetzen, steigt. Erklärtes Ziel, muss eine saubere und sichere Stadt sein.

Dabei gilt: Sauberkeit ist die Vorstufe von Sicherheit! Denn indem sich die Städte für die Gestaltung eines sauberen und freundlichen Lebensumfeldes ihrer Bürgerinnen und Bürger einsetzen, wirken sie zugleich der Entstehung kriminalitätsgeeigneter Strukturen entgegen. Der unmittelbare Zusammenhang zwischen Sauberkeit und Sicherheit, subjektiv zwischen Bedürfnis nach Sauberkeit und Sicherheitsempfinden, ist heute ein wichtiges Element kommunaler Sicherheitspolitik. Darüber hinaus gibt die letztes Jahr vom Rat der Stadt verabschiedete Novellierung der Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung eine erweiterte Handhabe, gegen Störungen vorzugehen.

Der kommunale Ordnungsdienst (KOD) übernimmt Aufgaben im Rahmen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, die bislang die Polizei der Länder wahrgenommen hat.

Dies betrifft den überwiegenden Teil der Ordnungswidrigkeiten, wie zum Beispiel Ruhestörungen oder Belästigungen der Allgemeinheit, aber auch die Gefahrenabwehr. Insofern stellt der KOD einen wichtigen Baustein im Gefüge der Sicherheitsarchitektur in Wermelskirchen dar. Aber erst das Zusammenwirken aller Beteiligten

führt dazu, dass wir einen hohen Sicherheitsstandard in unserer Stadt gewährleisten können. Daher soll die bisher schon enge Zusammenarbeit mit der Polizei weiter ausgebaut werden.

Der KOD wird zukünftig an die jeweiligen Veränderungen in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht konzeptionell und personell angepasst, das Erreichen einer statischen „Sollstärke“ kann dabei aber nicht das Ziel sein.

WNK UWG: Seit Jahren muss die Tafel mit ihrem „bescheidenen“ Domizil auskommen.

Wann und wie wird es eine Lösung für die Tafel geben, dass diese ihre Aufgaben und Leistungen entsprechende neue Bleibe bekommt?

Stefan Görnert: Die Situation um „Die Tafel“ ist mehr als bedauerlich. Aber alle Versuche, hier Abhilfe zu schaffen, sind zuletzt gescheitert. Ich bin aber zuversichtlich, dass sich im Rahmen der vielen Vorhaben in der Kernstadt neue, attraktive Unterbringungsmöglichkeiten eröffnen. Hier unterstützt die Stadt jedenfalls, wo sie kann.

WNK UWG: Auch in Wermelskirchen gibt es eine Reihe Menschen, die staatliche Leistungen beziehen und keiner geregelten Tätigkeit nachgehen.

Welche Strategien sehen Sie, um mehr dieser Menschen mittels kommunaler Angebote in einen geregelten Tages- und Arbeitsablauf zu bringen?

Ist hierbei eine gemeinnützige kommunale Beschäftigungsgesellschaft eine Option?

Stefan Görnert: Deutschland ist ein Sozialstaat. So steht es im Grundgesetz. Es soll niemand allein gelassen werden, wenn er in Not gerät. Die Gemeinschaft aller, also der Staat, soll dann Hilfen gewähren. Zu diesen Hilfen gehören die sogenannten Transferleistungen. Der Bezug richtet sich nach der jeweiligen Bedürftigkeit des Empfängers. Im Rheinisch-Bergischen Kreis und somit auch in Wermelskirchen gibt es bereits vielfältige Angebote vonseiten des JobCenters, der Arbeitsagentur oder karitativer Einrichtungen.

Und, auch die Stadtverwaltung hält Angebote vor. Rechtlich darf das Beziehen von Transferleistungen jedoch nicht an eine Gegenleistung geknüpft werden. Leistungen aus einer der gesetzlichen Sozialversicherungen (Arbeitslosen-, Kranken-, Pflege-, Renten-, Unfallversicherung) kommen hier ohnehin nicht in Betracht, denn dafür wurden zuvor ja Beiträge entrichtet. Diese Leistungen sind deshalb auch keine Transferleistungen.

Bei der Einrichtung einer kommunalen Beschäftigungsgesellschaft sähe ich das Problem, dass die Mitarbeiter dieser Gesellschaft reguläre Arbeitsplätze im freien Arbeitsmarkt verdrängen würden.

Diese Verdrängung könnte sich sowohl auf die Arbeit öffentlicher Bediensteter in niedrigen Tarifgruppen beziehen, als auch auf

Arbeitsplätze, die von öffentlichen Aufträgen an den lokalen privaten Sektor abhängen. Ordnungspolitisch kann das nicht gewollt sein. Grundsätzlich muss es das Bestreben aller Akteure sein, Menschen eine selbstbestimmte Perspektive zu bieten.

WNK UWG: Wann werden die Wermelskirchener im neuen Hallenbad schwimmen können?

Stefan Görnert: Der Projektsteuerer hat seine Arbeit aufgenommen, ein solches Projekt braucht jedoch seinen zeitlichen Vorlauf. Wünschenswert wäre zudem, wenn für den Neubau im Zuge des IHEHK auch Fördermittel generiert werden könnten. Die Stadt ist sich über den veralteten Zustand des jetzigen Quellenbades bewusst, weshalb ein Ersatzbau nach allen notwendigen Vorbereitungen schnellstmöglich geboten ist. Einen genauen Eröffnungstermin zu nennen, ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich.

WNK UWG: Obwohl der zuständige Ausschuss seit 2014 Ausschuss für Soziales und Inklusion heißt, fristet die Inklusion in Wermelskirchen nach wie vor ein Mauerblümchendasein.

Welche Perspektive sehen Sie, die Inklusion in Wermelskirchen zum Bestandteil des normalen Alltags zu machen?

Stefan Görnert: Meine Wahrnehmung ist hier eine andere. Inklusion hat im Verwaltungshandeln nämlich einen hohen Stellenwert. Mein Kollege Technischer Beigeordneter Marner und ich nehmen regelmäßig an den Sitzungen des Beirates für Menschen mit Behinderung teil, und mitunter werden dort angesprochene Schwierigkeiten unverzüglich beseitigt.

Die Zusammenarbeit mit der Lebenshilfe beispielsweise bei der Kioskversorgung im Quellenbad war vorbildlich. Das neue Hallenbad wird alle Anforderungen an Barrierefreiheit erfüllen, und Inklusion ist eines der Kernthemen im pädagogischen Konzept der Sekundarschule. Diesem Anspruch wird auch der Neubau gerecht werden.

Besonders wichtig ist mir aber, hier die „Inklusionshilfen an Grundschulen“ hervorzuheben. Gemeinsam mit der Lebenshilfe Service gGmbH wurde damit ein Projekt initiiert, das mittlerweile weit über die Grenzen des Rheinisch-Bergischen Kreises hinaus Beachtung findet. Ziel ist es, mithilfe von Inklusionshelferinnen und Inklusionshelfern Kinder und Jugendliche mit besonderem Förderbedarf zu unterstützen, die an einer Regelschule unterrichtet werden, mit dem Ziel der Eingliederung in die Schulgemeinschaft, sowie der Verbesserung ihrer lebenspraktischen, intellektuellen und sozialen Fähigkeiten.

Von den Kosten trägt die Stadt jährlich EUR 70.000, das Land EUR 60.000.

Aber auch hier gilt: Wir können und wollen noch besser werden!

Anschlag von Rot-Rot-Grün auf die Meinungsfreiheit abgewehrt

Der Fraktionsvorsitzende der **WNK UWG FREIE WÄHLER**, Henning Rehse, ist als Politiker der klaren, wahren und bisweilen auch deutlichen Worte bekannt. Er tritt bürgerlich, freiheitliche, konservative und soziale Positionen und ist ein Warner vor und Kämpfer gegen Rot-Rot-Grün – und hier insbesondere die grüne Farbe.

Das wurde im Sommerloch 2020 der rot-rot-grünen „Community“ – dem bürgerlichen Lager und seinen Vertretern ohnehin inhaltlich, intellektuell wie auch rhetorisch hoffnungslos unterlegen – in Wermelskirchen doch zu bunt, sodass sie den Fraktionsvorsitzenden der SPD, Jochen Bilstein, in Stellung brachten, einen Antrag einzureichen, der Rat solle Rehse „rügen“. Dieser Antrag – da rechtswidrig – floppete schneller, als die Tinte darunter trocken war.



Bilsteins Aktion kostete in Form einer Ältestenratssitzung den Steuerzahler 863,87 € – Rehse verzichtete natürlich auf sein Sitzungsgeld.

Worum ging es eigentlich? Rehse hatte die Verklärung der Heldentat durch besagte Frau Rackete bei der vermeintlichen Seenotrettung durch deren Fans wie folgt in Facebook kommentiert: „Es geht ausschließlich darum, dass bestimmte Kreise Menschen nach Deutschland holen wollen, um hier und in Europa in ihrem Sinne die Zusammensetzung der Bevölkerung zu verändern!“ Sofort ging die rot-rot-grüne Szene steil und brachte die üblichen Plattitüden aus ihrer ohnehin ärmlich besetzten Abteilung Agitprop: „Es ist die Sprache der vom Verfassungsschutz als rechts-

extrem eingestuften „Identitären Bewegung“, es ist die Sprache des Flügels der AfD, es ist Rechtsextremisten-Sprech.“

Was die Szene offenbar nicht kannte, ist das Ergebnis, wenn man „Joschka Fischer – Welt – verdünnen“ in eine Internet-Suchmaschine eingibt. Nicht nur dieses Suchergebnis, sondern etliche in die gleiche Richtung gehende Aussagen von Rot-Rot-Grünen treffen genau das, was Rehse meinte.

Der bekannte Nestor, Zensor, Hüter und Wächter für Moral, Anstand, richtige Haltung und political Correctness der rot-rot-grünen Community, Herr Wolfgang H. aus W., erstellte zudem eine willkürlich zusammengeschnipselte Sammlung von völlig aus Zusammenhang und Situation gerissener Rehse'scher schrecklicher, schmähernder, beleidigender, volksverhetzender, rassistischer, fremdenfeindlicher, Brand stiftender Aussagen und was es in diesen Kreisen sonst noch an beliebten Attributen gibt, die seltsamerweise jedoch nie den Weg zur eigentlich für so etwas zuständigen Justiz fanden. Mit der hatten allerdings schon Vertreter der Wermelskirchener Linken und Grünen kostenintensive Bekanntschaft gemacht.

Alles in allem ein durchschaubares Manöver von Rot-Rot-Grün, auf diese Art und Weise zu versuchen, nicht genehme Meinungen zu unterdrücken – ein allerdings in Richtung **WNK UWG FREIE WÄHLER** und Henning Rehse ziemlich untauglicher Versuch. Interessant war in dem Zusammenhang aber die Aussage aus der rot-rot-grünen Ecke, dass es unterbunden werden müsse, dass Ratsmitglieder Zeitungsartikel (auch aus der Rheinischen Post (Anm.d.Verf.)) verbreiten, wenn diese einer von Rot-Rot-Grün gewünschten Stimmung im Land zum Beispiel bei der Flüchtlingsthematik nicht zuträglich wären...

#keinmillimeternachlinksgrün



WNK UWG Freie Wähler
am 13. September



Geschafft I: Grünschnittabgabe wird kostenlos!

Bislang bestand die Regelung, dass die Wermelskirchener Bürger 8 Mal pro Jahr (4 Mal im Frühjahr und 4 Mal im Herbst) ohne Zahlung einer Gebühr ihren privaten Grünabfall an der Albert-Einstein-Straße abgeben konnten. An diesen „Grünabfall-Tagen“ herrschte dann regelmäßig Chaos auf den Straßen zur Annahmestelle und dieser selbst. Diese Bilder werden zukünftig der Vergangenheit angehören.

Die Fraktion der **WNK UWG FREIE WÄHLER** stellte daher im Oktober 2017!!! den Antrag, dass Wermelskirchener Bürger ihren privaten Grünabfall zu den Öffnungszeiten der Annahmestelle immer gebührenfrei abgeben können. Dafür waren umfangreiche Verhandlungen mit dem BAV nötig, die Ende 2019 zu einem positiven Ergebnis führten. Der Ausschuss für Umwelt und Bau des Rates brachte es jedoch zunächst gegen allein die

Stimmen der **WNK UWG FREIE WÄHLER** fertig, die Regelung und den Service für die Bürger zu verschlechtern: der Bürger soll ab 01.01.2020 pro Anlieferung bis zu 3m³ 5 € Gebühr bezahlen. Dabei ließ es die **WNK UWG FREIE WÄHLER** jedoch nicht bewenden: sie sorgte dafür, dass im Rat am 16.12.2019 das Thema erneut beraten wurde und setzte sich durch: **Ab dem 01.01.2020 ist die Abgabe von Grünschnitt von Privat zu allen Öffnungszeiten bis zu einer Menge von 3m³ frei von Gebühren!** Gleichzeitig wurde auch für (Sperr-)müll die Gebühr an der Abgabestelle von 15 €/PKW auf 10 €/PKW gesenkt. Damit gibt es zukünftig folgende drei Möglichkeiten (Sperr-)müll zu entsorgen: mittels den im Handel erhältlichen Müllsäcken zu 5 €/Stück, durch Anlieferung an der Albert-Einstein-Straße zu 10 € bis zu 3m³ und wie bisher über die Abholkarte zu 15 €.



Geschafft II: Der Jugendfreizeitpark kommt!

Katt, Güterbahnhof, Top-Zoo-Halle, AJZ sind die wichtigsten Stationen der Rollsportler in Wermelskirchen. Seit 2012 sind sie aber praktisch heimatlos. Alle politischen Gruppierungen wollten der wenn auch im Vergleich zu anderen Sportarten relativ kleinen Gruppe von Kindern und Jugendlichen helfen. Dabei muss insbesondere das Engagement der Grünen und des ihnen nahestanden AJZ Bahndamm erwähnt werden. Hier gilt, dass gut gemeint oft der Feind von gut gemacht ist: mit immer neuen Standortvorschlägen, Prüfaufträgen, Konzeptideen etc. verzögerten die Grünen das Projekt wenn auch ungewollt über Jahre. Für einen niedrigen sechsstelligen Betrag hätte die Sportfläche bereits an verschiedenen Standorten in Wermelskirchen seit Jahren realisiert sein können – es muss aber aus Sicht der Grünen und vermeintlich starker Partner wie dem AJZ, des Herrn Schopphoff vom ADFC und anderer Protagonisten der links-grünen Szene unbedingt der Standort Zenshäuschen mit Einbindung der Radtrasse sein. Auch diesen Standort hat die **WNK UWG FREIE WÄHLER** irgendwann geschluckt, obwohl eine LEADER-Förderung für ihn ausgeschlossen war. Weitere Verzögerungen waren die Folge. Angepeilt war dann ein Jugendfreizeitpark (JFP) zum Preis von 300.000 € auf der 2.600 qm großen Fläche Zenshäuschen. Die 300.000 € sollten aus Spenden aufgebracht werden, da Geld für diese Freiwillige Maßnahme nicht im Haushalt zur Verfügung stand. Dann fand im Sommer 2018 im AJZ Bahndamm ein denkwürdiges „Wünsch-Dir-Was“ mit dem für das integrierte Handlungs- und Entwicklungskonzept zuständigen

Büro statt: am Ende stand ein JFP zum Preis von 1.000.000 €. Der Wahnsinn! Selbst der das Projekt stets stützende Bürgermeister sah Anlass zum Handeln und kürzte das Projekt auf 750.000 €. Mit dieser Summe ging es in den Förderprozess und am Ende stand eine 70%-ige Förderung – aus Steuergeldern. Bei der Stadt verbleibt somit ein Eigenanteil von 30% – gleich 225.000 €. Der Rat beschloss 2018 einstimmig, dass diese Summe aus einer Förderung des Kreises – auch Steuermittel – in Höhe von 34.379 € und Spenden zu decken sei. Am 16.12.2019, gerade rechtzeitig zum Weihnachtsfest, war es dann so weit: Bürgermeister Rainer Bleek konnte dem Rat mitteilen, dass die erforderliche Spendensumme zusammengekommen sei. Chapeau! Dem Bürgermeister gebührt größter Respekt für diesen Erfolg! Die Folge war der einstimmige Baubeschluss des Rates, den die **WNK UWG FREIE WÄHLER** unter diesen Bedingungen gerne mitgetragen hat; Die Gleichbehandlung anderer Wermelskirchener Vereine wie auch die Prinzipien von Haushaltsklarheit und -wahrheit wurden gewahrt.



Quelle: Roland Keusch (WGA)

In Arbeit: Wahlmöglichkeit zwischen Gelbem Sack und Gelber Tonne

Vor einigen Wochen erhielten die Grundbesitzer zusammen mit ihren Gebührenbescheiden eine Abfrage, ob sie den gelben Sack behalten oder zukünftig die gelbe Tonne nutzen wollen. Diese Abfrage sollen sie natürlich auch bei ihren Mietern durchführen. Die Abfrage ist rechtlich unbedingt erforderlich, damit die Stadt Wermelskirchen eine Rahmenvorgabe an die Entsorgungsindustrie erlassen kann. Das Verfahren ist relativ kompliziert, langwierig und an hohe rechtliche Hürden geknüpft. Die Stadt Wermelskirchen darf hier keine formalen Fehler begehen, um die

Durchsetzung des Bürgerwillens gegenüber der Entsorgungsindustrie nicht zu gefährden. Die **WNK UWG FREIE WÄHLER** wird auch zukünftig ein waches Auge darauf haben, dass Rat und Verwaltung nicht vor der Entsorgungswirtschaft kapitulieren und die Bürgerinteressen hinterrücken.



Ordnung ist links-rot-grün, CDU, BüFo und FDP schnuppe

„Politik lehnt Stellen für neue Kontrolleure ab, Ruhe, Sauberkeit und Ordnung wollen alle. Aber: Zusätzliches Personal wird es nicht geben.“ So titelte die Bergische Morgenpost am 2. März 2019. Während links-rot-grün in Unkennt-

nis der Thematik vorsichtshalber schwieg, leisteten sich Verwaltung CDU, BüFo und FDP offenbar der Karnevalszeit geschuldet im Haupt- und Finanzausschuss ein „Ablehnungsfeuerwerk“, das seinesgleichen hinsichtlich der Belastbarkeit der Gründe sucht:

Bergische Morgenpost 2. März 2019

Zusammenhang genannt. Erst solle der Umzug des Ordnungsamtes in die neuen Räume an der Telegrafstraße und das neue Sicherheitskonzept abgewartet werden, warnte Stefan Görnert, Erster Beigeordneter, vor einem „Schnellschuss“.

„Wir wollen keine Stadtpolizei“
Jürgen Manderla
FDP-Fraktion

Die Verwaltung sehe durchaus den Bedarf, aber erst müsse eine sachliche fundierte Grundlage geschaffen werden. „Mittelfristig können wir uns das vorstellen, aber zurzeit nicht“, sagte er. Im Übrigen lehne die Verwaltung eine flächendeckende Kontrolle ab. Gegen zusätzliche Stellen sprach sich FDP-Fraktionsvorsitzender Jürgen Manderla aus: „Wir wollen keine Stadtpolizei.“ Auch Manfred Schmitz-Mohr (Bürgerforum) lehnte eine Knöllchen-Schreiberei ab. Konzentrierte Aktionen – zum Beispiel gegen „unverschämtes Parken“ – sei auch mit wenig Personal möglich. CDU-Fraktionsvorsitzender Christian Klicki wies darauf hin, dass im neuen Stellenplan bereits 30 neue Stellen eingeplant sind. Jede zusätzliche Stelle im KOD schlage jährlich mit rund 50.000 Euro zu Buche. „Wir müssen prüfen, welche Stellen wir priorisieren, aber erst müssen wir die schwarze Null erreichen“, erinnerte er an das Ziel, als Kommune sparsam zu wirtschaften, um die Phase der Haushaltssicherung zu überwinden.

Dass es für die Verwaltung eine Relevanz hat, ob das Ordnungsamt seinen Sitz in der Telegrafstraße 29 oder 11 hat, ist schon bemerkenswert, die Vorstellung eines „körperlosen“ Sicherheitskonzeptes ohne Personal löste dann aber schon ungläubiges Staunen aus. Ebenso wie die Aussage der FDP „Wir wollen keine Stadtpolizei“, eben dieser FDP die früher sogar eine „Stadtwacht“ gefordert und probeweise durchgesetzt hat. Von nicht gerade großer Kompetenz zeugt die Position des BüFos, das Ordnung auf „Knöllchen-Schreiberei“ beim „unverschämten Parken“ reduziert.

Und dann noch die CDU, die offenbar nicht weiß, dass sich solche Stellen größtenteils refinanzieren...

Wäre das Thema nicht so wichtig, könnte man drüber lachen; so bleibt ein schaler Beigeschmack. Geht es der Politik einfach nur darum, einen guten Antrag der Konkurrenz mit an den Haaren herbei gezogenen Gründen abzulehnen.

Für die **WNK UWG FREIE WÄHLER** wird dieser Punkt jedoch bei gegebenenfalls nach der nächsten Kommunalwahl im Herbst 2020 anstehenden Gesprächen über Mehrheiten in der Stadt Thema sein...



Warum WNK UWG – und nicht die anderen?

Das politische Angebot in der politischen Mitte und rechts davon ist in Wermelskirchen durchaus beachtlich. Warum ist in diesem Angebot die **WNK UWG FREIE WÄHLER** erste Wahl? Was unterscheidet sie von den Konkurrenten? CDU: Wer eine Politik möchte, für die CDU und CSU früher standen, wer kein Fan der Merkel-CDU ist, wer nicht den Steigbügelhalter für grüne Flausen wählen möchte, ist bei der **WNK UWG FREIE WÄHLER** an der richtigen Adresse. FDP: Für wen die Bewahrung der Freiheit ein wichtiges Gut ist, für wen aber Politik mehr ist als die Betrachtung von Finanzzahlen und das Schreiben der „schwarzen Null“, für wen auch eine aktive Sozialpolitik für die wirklich Bedürftigen ein Eckpfeiler der Politik ist, ist bei der **WNK UWG FREIE WÄHLER** an der richtigen Adresse. AfD: Wer auch für konservative Werte steht, wer stolz auf sein Deutschland in Europa ist, wer zu unserer Kultur, Identität unseren Bräuchen und unserer Lebensweise steht und stolz auf sie ist, „politische Rechtsausleger“ jedoch ablehnt, findet in bei der **WNK UWG FREIE WÄHLER** einen Partner, der diese Werte hochhält und seit fast 25 Jahren beweist, dass er Kommunalpolitik kann. Zukunft Wermelskirchen: Wer eine seriöse sowohl an den Bedürfnissen der Menschen als auch dem Machbaren orientiert Kommunalpolitik möchte und sich nicht durch utopische Versprechungen und Petitionen veräppelt sehen möchte, sollte **WNK UWG FREIE WÄHLER** wählen!



Grüne verhindern!

Einmal mehr zeigten die Grünen auch in Wermelskirchen ihr wahres Gesicht: Allein bei der Ratssitzung am 16.12.2019 lehnten sie folgende Punkte ab:

- für privat anliefernde Bürger die kostenlose Grünschnittentsorgung
- die „Wohnbaulandinitiative Wermelskirchen“ mit Wohnbaulandkonzept und kommunalem Baulandmanagement, die die Stadt hinsichtlich Wohnungsbaus, dem Bau der dazu gehörigen Infrastruktur und der Kosten dafür zukunftsfähig machen
- den Ankauf von Grundstücken, um das interkommunale Gewerbegebiet „Gleisdreieck“ zu entwickeln
- den Ankauf von Landwirtschafts- und Waldflächen als strategische Bodenbevorratung für aktuelle und zukünftige Planvorhaben etwa als Ausgleichsflächen für Naturschutzmaßnahmen oder alternativ als Tauschflächen für weitere Grundstücksverhandlungen

Allein dieser kleine Ausschnitt zeigt, dass der Einfluss der Grünen als Partei der Verhinderung, Bevormundung, Gängelung, Verbote und Umerziehung auf allen Ebenen zurückgedrängt werden muss!